

Wahlen in Österreich – Felix Austria!?

SEBASTIAN KURZ MACHT DIE MITTE STARK

Am 15. März 2017 wurde in Österreich das nationale Parlament, der Nationalrat, gewählt. Neuwahlen waren nötig geworden, nachdem die ÖVP unter ihrem neuen Vorsitzenden Sebastian Kurz die große Koalition unter dem SPÖ-Kanzler Christian Kern nicht länger fortführen wollte. Kurz, dessen Partei noch Anfang des Jahres in den Umfragen abgeschlagen war, gelang eine fulminante Aufholjagd und holte die meisten Stimmen. Die SPÖ blieb stabil und lag am Ende knapp vor der rechtspopulistischen FPÖ, welche wie bereits in den vorherigen Wahlen Stimmen hinzugewann. Für die Regierungsbeteiligung entscheidend wird nun, ob die rechtsgerichtete FPÖ bereit sein wird, den pro-europäischen Kurs der ÖVP in einer Regierung mitzutragen.

Im Alter von 31 Jahren könnte ÖVP-Parteivorsitzender und Spitzenkandidat Sebastian Kurz der nächste österreichische Bundeskanzler werden. Der bisherige Außenminister in der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP erreichte mit der ÖVP 31,52 Prozent der Stimmen und liegt damit vor der sozialdemokratischen SPÖ und der rechtspopulistischen FPÖ, die mit 26,86 Prozent (SPÖ) und 26,04 Prozent (FPÖ) eng beieinander die Plätze zwei und drei belegten.

Gegenüber der letzten Nationalratswahl im Jahr 2013 gewann die ÖVP 7,5 Prozent. Die rechtspopulistische FPÖ verbesserte sich um 5,5 Prozent. Die SPÖ hielt ihren Stimmanteil nahezu konstant. Weiter im Parlament vertretene sind die liberalen NEOS, die 5,3 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnten. Somit erreichten sie ein ähnliches Ergebnis wie bei der vorherigen Wahl, als sie 5,0 Prozent erreichten. Neu vertreten im Parlament wird der Grünen-Abtrünnige Peter Pilz mit seiner Wahlliste. Er erreichte 4,4 Prozent. Erstmals nicht ins Parlament eingezogen sind die Grünen, welche bei einem Ergebnis von 3,8 Prozent einen massiven Verlust von 8,7 Prozent hinnehmen müssen und vor einem politischen Neuanfang stehen. Die Wahlbeteiligung lag bei 79,4 Prozent im Vergleich zu 74,9 Prozent im Jahr 2013. In Österreich gilt eine Vier-Prozent-Hürde.

Der aufstrebende Politstar Sebastian Kurz ist damit der große Gewinner der vorgezogenen Nationalratswahl, die er selbst herbeigeführt hatte. Nachdem der Vizekanzler der Regierung Kern und ÖVP-Parteivorsitzende Reinhold Mitterlehner am 10. Mai 2017 von beiden Ämtern zurücktrat, stand schnell Außenminister Sebastian Kurz als sein Nachfolger an der Parteitippspitze fest. Kurz forderte umgehend Neuwahlen und lehnte es ab, sich an der ausscheidenden Regierung Kern zu beteiligen. Letztlich einigten sich alle im Nationalrat vertretenen Parteien auf eine Auflösung des Parlaments mit Neuwahlen im Oktober. Die 25. Österreichische Legislaturperiode war damit bereits der 18. Gesetzgebungszeitraum, welcher mit einer Selbstauflösung des Parlaments endete.

Die Themen Migration und Asyl dominierten im Wahlkampf. Laut einer Umfrage am Wahltag halten 38 Prozent der Wähler diesen Themenkomplex für am bedeutendsten für die nächste Regierung, und damit deutlich mehr als die Themen Bildung (18 Prozent) und Steuern (17 Prozent). Wie in Deutschland ist die politische Debatte in Österreich noch immer von den Ereignissen des Jahres 2015 geprägt, als das Land rund 90.000 Asylsuchende aufnahm.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

Hinzu kamen noch einmal rund 600.000 Menschen, die auf der Flucht in ein anderes Land durch Österreich reisten. Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße erhielt Österreich im Jahr 2015 die meisten Anträge auf Asyl innerhalb der EU auf (nach Ungarn und Schweden).

Sebastian Kurz machte das Thema zu seinem Hauptanliegen im Wahlkampf. Er trat regelmäßig mit der Forderung nach vorne, die Mittelmeerroute müsse geschlossen werden. Besonderes Aufsehen erregte auch die Forderung Kurz', Migranten die Sozialleistungen deutlich zu kürzen. Mit dieser inhaltlichen Neuausrichtung positionierte Kurz die ÖVP damit nach Ansicht vieler deutlich im rechten Lager. Die FPÖ bemühte sich im Wahlkampf, beim Thema Migration ebenfalls in die Offensive zu gehen und regelmäßig darauf zu beharren, dass die ÖVP während der Flüchtlingskrise selbst Regierungspartei war.

Das starke Abschneiden der neu-positionierten ÖVP bei ebenso hohen Gewinnen der FPÖ wurde deshalb allenthalben als ‚umfassender Rechtsruck‘ in der österreichischen Politik charakterisiert. Gleichzeitig entfiel auf Sebastian Kurz auch viel Lob. Der Französische *Figaro* schreibt, Kurz habe mit einem unkonventionellen Stil die Bedürfnisse eines Landes erkannt, das seit Jahrzehnten von zwei Parteien regiert wird. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wertet Kurz' Erfolg als eine Stärkung der bürgerlichen Mitte, indem sie darauf verweist, dass noch Anfang des Jahres die FPÖ Umfragen anführte, und zeigte damit die Wichtigkeit auf, den Wahlerfolg der ÖVP vor den verschiedenen Ausgangslagen zu kontextualisieren. Lob erreichte Sebastian Kurz auch von Seiten der Politik: So gratulierte EVP-Fraktionschef Manfred Weber und schrieb: „Die ÖVP ist wieder da!“ Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte Sebastian Kurz für einen moderaten Wahlkampf und äußerte sich optimistisch über eine gute Zusammenarbeit in der EU-Politik. Andere bezogen sich kritisch auf das hohe Ergebnis der FPÖ: Jean Asselborn, der Außenminister Luxemburgs, hofft darauf, die FPÖ werde bei einer Regierungsbeteiligung zeigen, dass sie nicht auf einer Linie mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist. Politiker der AfD brauchten ebenfalls keine besondere Aufforderungen, den Ausgang der Wahl zu kommentieren. Alexander Gauland gratulierte der FPÖ und Frauke Petry lobte die neue „sehr starke konservativ-bürgerliche Mehrheit“. Auch Marine Le Pen vom französischen Front National gratulierte den „Freunden und Verbündeten“ der FPÖ.

Die Bewegung Kurz

Sollte Sebastian Kurz wie erwartet die nächste österreichische Regierung anführen, wäre er der jüngste Regierungschef der Welt. Kurz, der bereits im Jahr 2011 Staatssekretär für Integration und schließlich 2013 zum Außenminister ernannt wurde, ist bereits länger Teil der österreichischen Regierung als fast alle seine Amtskollegen. Trotzdem verkörpert Kurz für viele Österreicher einen inhaltlichen und stilistischen Neuanfang. Kurz, der selbst dem politischen Establishment angehört, hat es somit geschafft, ein Image des Erneuerers aufzubauen. In der Tat unterzog Kurz die ÖVP einer radikalen innerlichen und äußerlichen Veränderung, nachdem er im Mai 2017 als Parteivorsitzender nominiert und im Juli 2017 vom Bundesparteitag offiziell gewählt wurde.

Innerparteilich forderte und gewann Kurz vor seiner Wahl in einem 7-Punkte-Katalog weitreichende Vollmachten über die ÖVP. So erhielt er das Recht, sowohl sämtliche innerparteilichen Spitzenämter als auch die Bundeswahlliste der ÖVP für die Nationalratswahl eigenverantwortlich zu besetzen, während er für die Landeslisten ein Veto-Recht inne hatte. Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt besetzte Kurz die wichtige Position des Generalsekretärs sowie die neu geschaffene Stelle des Bundesgeschäftsführers mit langjährigen Weggefährten. Auch inhaltlich forderte Kurz das Recht ein, den Kurs der Partei alleinverantwortlich zu bestimmen. Im Falle einer Koalitionsbildung sicherte er sich ebenfalls das Recht, die Kabinettsmitglieder der ÖVP selbstständig nominieren.

Kurz hat somit in der ÖVP, deren Vorsitzende als traditionell eher schwach galten, eine nahezu uneingeschränkte Machtfülle bei sich konzentriert. De facto konnte Kurz die vormalig

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

mächtigen Landeshauptmänner (Ministerpräsidenten), die sehr selbstständigen Landesparteiorganisationen, die Bünde und den Bundespartei Vorstand wenn nicht entmachten, so doch stark in ihrer Macht einschränken.

Auch nach außen hin setzte Kurz stark auf seine persönliche Popularität und auf Zeichen des Neuanfangs. Die ÖVP nannte ihre Wahlliste offiziell „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ und präsentierte sich nach der Nominierung durch Sebastian Kurz meist in der Farbe Türkis.

Der junge ÖVP-Spitzenkandidat nutzte im Wahlkampf somit eine innovative Kommunikationsstrategie, die seiner Kampagne Züge einer gesellschaftlichen Bewegung gab, die viele Beobachter gar von einer ‚Macronisierung‘ Österreichs sprechen ließen. Wenn Kurz während des Wahlkampfes immer wieder die Begriffe Reform und Veränderung benutzte, so ist darin eine Absetzung gegen die österreichische Tradition langjähriger großer Koalitionen und den fest etablierten Proporz zu sehen, welche viele Österreicher nicht länger miterleben möchten. Obgleich die ÖVP seit bereits 30 Jahren durchgehend an der Regierung beteiligt ist, wird dieses Versprechen der Erneuerung von den Wählern goutiert, wie der Wahlerfolg der Partei zeigt.

Umso bemerkenswerter ist der Erfolg, wenn man bedenkt, dass die ÖVP im Mai 2017 in Umfragen bei gerade einmal 20 Prozent lag, während die FPÖ mit konstant über 30 Prozent die stärkste Kraft war. Kurz war vom Zeitpunkt des Rücktrittes Mitterlehners überrascht worden. Trotzdem gelang es ihm anschließend, seine Strategie den veränderten Umständen anzupassen und in kürzester Zeit die damalige innerparteiliche Zerklüftung in der ÖVP zu überwinden und gleichzeitig die Gunst der Wähler zu gewinnen.

Welche Resonanz die Botschaft von Kurz bei den Wählern erzeugt, zeigen Umfragen vom Wahltag, wonach 42 Prozent der Wähler die ÖVP vorwiegend aufgrund des Spitzenkandidaten gewählt hatten, mehr als doppelt so viele wie bei der SPÖ (20 Prozent).

Nun gilt es für Sebastian Kurz, seine Wählerschaft davon zu überzeugen, dass auch sein Programm in ihren Interessen ist. Am Wahltag gaben nur 11 Prozent der Wähler an, die ÖVP vorwiegend aufgrund ihres Programmes gewählt zu haben. Kurz hatte sich, wie angedeutet, vor allem in der Migrationspolitik deutlich positioniert. So war es seine wiederholte Forderung, nach der Balkanroute auch die Mittelmeerroute zu schließen und Flüchtlinge in ihre nordafrikanischen Herkunftsländern zurückzubringen. Ebenso warb Kurz für eine weitreichende Streichung von Sozialleistungen für Zuwanderer, welche erst nach fünf Jahren ein Anrecht auf vollumfängliche Sozialleistungen erhalten sollten.

Der Erfolg der FPÖ

Wenn auch nach der Auszählung der Briefwahlstimmen nur auf dem dritten Platz gelegen, ist die rechtspopulistische FPÖ trotzdem eine Gewinnerin der Wahl. Die Partei unter ihrem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache gewann bereits zum vierten Mal in Folge Stimmen hinzu und ist damit so erfolgreich wie bisher nur in den 1990er-Jahren.

Damals führte der Kärntner Jörg Haider die FPÖ zu 27 Prozent und in eine Regierungsbeteiligung mit der ÖVP. Die Partei verwickelte sich jedoch in eine Vielzahl von Wirtschaftsskandalen und kam bei den vorgezogenen Wahlen im Jahr 2002 auf nur noch 10 Prozent. Im Jahr 2005, noch an der Regierung, spaltete sich Haider schließlich mit allen Regierungsmitgliedern von der FPÖ ab. Strache übernahm den Vorsitz der FPÖ, welche im Jahr darauf 11 Prozent bei den Nationalratswahlen erreichte.

In den folgenden Jahren konkurrierte die FPÖ mit dem von Haider gegründeten Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und dem ebenfalls rechtspopulistischen Team Stronach um Wählerstimmen. Trotzdem gelang es Strache und der FPÖ, ihre Stimmanteile bei den Wahlen in den Jahren 2008 und 2013 auszubauen. Nach dem Tod Jörg Haiders und der Auflösung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

BZÖ sowie des Teams Stronach war die FPÖ die einzig relevante rechtsgerichtete Partei, welche bei den Nationalratswahlen 2017 antrat. Ihr hohes Wahlergebnis ist insofern als eine Korrektur der vorherigen schwächeren Ergebnisse und als eine Konsolidierung des in Österreich starken rechten Lagers zu lesen.

Die überraschende Stabilität der SPÖ

Für viele Beobachter überraschend war das Ergebnis der SPÖ, die das Ergebnis der letzten Wahl halten konnte, bei steigender Wahlbeteiligung jedoch absolut an Stimmen hinzugewann.

Der Wahlkampf der SPÖ wurde zuletzt von Vorwürfen überschattet, die Partei führe eine Schmutzkampagne gegen ÖVP-Kandidat Sebastian Kurz. Bereits im Januar 2017 heuerte die Partei den international bekannten Wahlkampfstrategen Tal Silberstein an, welche im Auftrag der SPÖ das Privatleben Sebastian Kurz' durchleuchten sollte. Silberstein wurde letztlich im August 2017 in Israel vorübergehend wegen des Verdachts auf Geldwäsche festgenommen. Anschließend wurde berichtet, dass ein von Silberstein organisiertes Team gefälschte Facebook-Seiten betrieben hatte, um Sebastian Kurz zu diskreditieren. Diese wurden auch nach dem Ausscheiden Silbersteins von Teilen des SPÖ-Wahlkampfteams weitergeführt.

Zugleich erhob SPÖ-Kanzler Kern selbst Vorwürfe gegenüber der ÖVP und bezichtigte diese unlauterer Methoden. Der Skandal, welcher am Wahltag noch immer nicht aufgearbeitet war, erregte Befürchtungen, das Vertrauen der Wähler in die österreichische Demokratie würde nach den Ereignissen um die Wahl des Bundespräsidenten im vorherigen Jahr noch weiter beschädigt. Das Ergebnis zeigt jedoch, dass weder SPÖ noch ÖVP schwere Schäden aus den gegenseitigen Vorwürfen mitnahmen. Im Falle der SPÖ legt die Wählerwanderung nahe, dass viele vormalige Grünen-Wähler nun die SPÖ gewählt haben.

Grüne, Pilz und Neos

Dramatischste Verlierer der Wahl sind die Grünen, welche im Vergleich zu ihrem letzten Ergebnis drei Viertel ihrer Wähler verloren haben. Mit nur 3,8 Prozent der Stimmen ist die Partei nicht mehr im Nationalrat vertreten und erlebt damit eine tiefe Zäsur. Noch im vergangenen Jahr wurde der ehemalige Parteivorsitzende der Grünen Alexander van der Bellen zum Bundespräsidenten gewählt. Vorausgegangen war dem schlechten Abschneiden bei der Nationalratswahl die Abspaltung des langjährigen und sehr bekannten Parteimitglieds Peter Pilz. Dieser hatte zuvor in der Partei eine Diskussion über die Migrationspolitik angeregt und wurde von den Parteimitgliedern anschließend nur auf den Listenplatz 6 gewählt. Pilz, dessen Liste ohne bindendes Parteiprogramm antrat, vereinte auf Anhieb 4,4 Prozent der Stimmen auf sich und schafft damit den Einzug ins Parlament.

Fest als Partei etablieren konnten sich die liberalen Neos. Die erst 2012 gegründete Partei schafft mit 5,3 Prozent zum zweiten Mal den Einzug ins Parlament.

Koalitionsbildung

Eine besondere Rolle bei der Regierungsbildung kommt dem österreichischen Bundespräsidenten zu. Dieser ist bei der Ernennung des Bundeskanzlers an keine rechtlichen Vorgaben gebunden, berücksichtigt aber regelmäßig die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat. Der Bundespräsident kann auch einzelne Minister, die ihm anschließend vom Bundeskanzler vorgeschlagen werden, ablehnen. Bundespräsident van der Bellen kündigte nach der Wahl an, er werde sowohl inhaltliche Ziele als auch personelle Vorschläge der neuen Regierung „sehr genau prüfen“ und dafür Sorge tragen, dass die in der österreichischen Verfassung verankerten europäischen Grundwerte „der Kompass Österreichs“ blieben.

Die von vielen Beobachtern als am wahrscheinlichsten eingestufte Koalition ist diejenige zwischen der ÖVP und FPÖ. Besonders beim Thema Zuwanderung gibt es große Schnitt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

mengen zwischen den beiden Parteien. Auch bei der Wirtschaftspolitik stehen sich beide Parteien in ihren Forderungen nach Steuersenkungen und einem schlanken Staat nah.

Trotz großer inhaltlicher Nähe in diesen Bereichen bleiben grundlegend verschiedene Ausrichtungen der beiden Parteien mit Bezug auf Europa. Sebastian Kurz gab sein erstes Statement nach der Wahl demonstrativ sowohl vor einer österreichischen als auch vor einer EU-Flagge und setzte somit ein deutliches Zeichen an den möglichen Koalitionspartner. Die FPÖ ist europakritisch und gehört im europäischen Parlament der ENF-Fraktion an, in der sich auch der französische Front National und die italienische Lega Nord befinden. Österreich ist ein Netto-Zahler innerhalb der EU, obwohl gerade österreichische Landwirte von der EU-Förderung profitieren.

Entscheidend für das Zustandekommen der ÖVP-FPÖ-Koalition wird deshalb das Thema Europa sein. Erste Anzeichen für eine grundlegende Bereitschaft, einen europäischen Kurs mitzutragen, konnten bereits von der Wahl von der FPÖ vernommen werden.

Zuletzt hat auch der Bundespräsident die Möglichkeit, dem möglichen Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Koalition eine pro-europäische Präambel voranzustellen, wie dies bei der früheren Koalition dieser beiden Parteien im Jahr 1999 geschah. Damals unterzeichneten die beiden Parteivorsitzenden Wolfgang Schüssel (ÖVP) und Jörg Haider (FPÖ) das Dokument, welches den Titel „Deklaration Verantwortung für Österreich - Zukunft im Herzen Europas“ trug, in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten Thomas Klestil. Hein-Christian Strache sagte damals bezeichnenderweise, eine derartige Präambel käme für ihn nicht in Frage.

Eine Fortsetzung der großen Koalition gilt vielen als unwahrscheinlich in Anbetracht der teils unschönen Auseinandersetzungen im Wahlkampf. Zu sehr haben sich die beiden Spitzenkandidaten der ÖVP und der SPÖ exponiert. Sollte eine ÖVP-FPÖ-Koalition jedoch nicht zustande kommen, bestünde die Möglichkeit, dass der gegenwärtige Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil als Vorsitzender der SPÖ Vizekanzler in einer von der ÖVP geführten großen Koalition würde.

Die letzte rechnerische mögliche Koalition, zwischen der SPÖ und der FPÖ, ist gerade aufgrund des Themas Migration sehr unwahrscheinlich, obwohl beide Parteien grundsätzlich Gesprächsbereitschaft signalisierten. Hier steht es zu vermuten, dass die FPÖ eher den Preis für eine mögliche ÖVP-FPÖ-Koalition in die Höhe treiben möchte, als dass sie tatsächlich an das Zustandekommen einer Regierung mit der SPÖ glaubt. Trotzdem gibt es auch innerhalb der FPÖ Teile, die im Bereich Sozialpolitik der SPÖ nahe stehen.

Fazit

Die österreichische Nationalratswahl, die aufgrund des jungen ÖVP-Spitzenkandidaten und der möglichen Koalition mit der FPÖ international stark rezipiert wurde, bedeutet eine Zäsur in der Politik Österreichs. Sebastian Kurz hat es geschafft, entgegen aller Erwartungen einen umfassenden Wahlerfolg der rechtspopulistischen FPÖ zu verhindern. Es gelang ihm damit, die politische Mitte zu stärken. Sollte es nun wie erwartet zu einer Koalition mit der FPÖ kommen, muss Kurz aber beweisen, dass seine Regierung in jeder Hinsicht pro-europäisch agieren wird. Erste Gelegenheit dazu hat er bereits am kommenden Donnerstag, wenn er in Brüssel auf die Staats- und Regierungschefs der übrigen Mitgliedsstaaten trifft. Auf einige unangenehme Fragen wird er sich dort in jedem Fall vorbereiten müssen.

Wahlergebnisse im Detail

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

Partei	Ergebnis 2017 (% / Sitze)	Vgl. zur Wahl 2013 (% / Sitze)
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	31,5% (62 Sitze)	+7,5 % (+ 15 Sitze)
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	26,9% (52 Sitze)	+ 0,0 % (+ 0 Sitze)
Freiheitliche Partei Öster- reichs (FPÖ)	26,0% (51 Sitze)	+ 5,5 % (+ 11 Sitze)
Neos	5,3% (10 Sitze)	+ 0,3% (+ 1 Sitz)
Liste Pilz	4,4% (8 Sitze)	+ 4,4 % (+ 8 Sitze)
Die Grünen	3,8%	- 8,7 % (-24 Sitze)
Liste Gilt	0,9%	+ 0,9%
Kommunistische Partei Öster- reichs (KPÖ)	0,8%	-0,3%
Die Weißen	0,2%	+ 0,2%
Freie Liste Österreich (FLÖ)	0,2%	+ 0,2%
Neue Bewegung für die Zu- kunft (NBZ)	0,1%	+0,1%
Sozialistische Linkspartei (SLP)	0,0%	+0,0%
EUAUS	0,0%	+ 0,0%
Männerpartei	0,0%	+ 0,0%
Christliche Partei Österreichs (CPÖ)	0,0%	- 0,1%
Obdachlose in der Politik (ODP)	0,0%	+0,0%

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

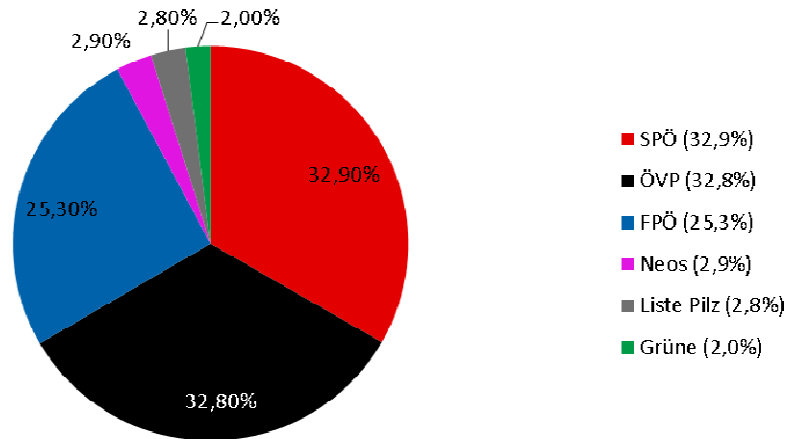
DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

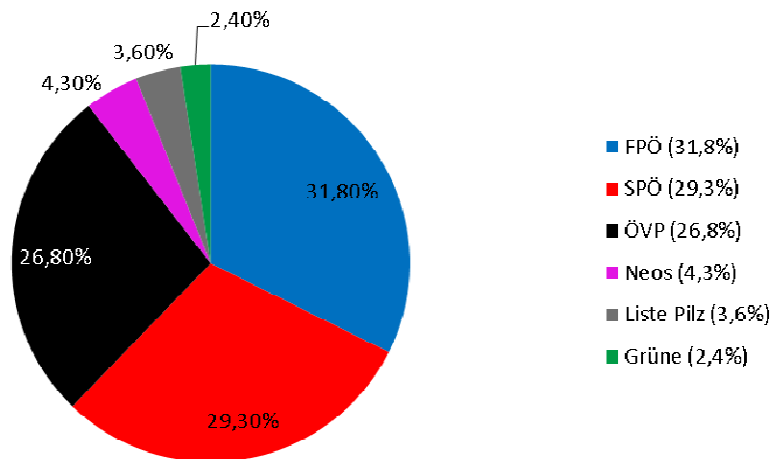
Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

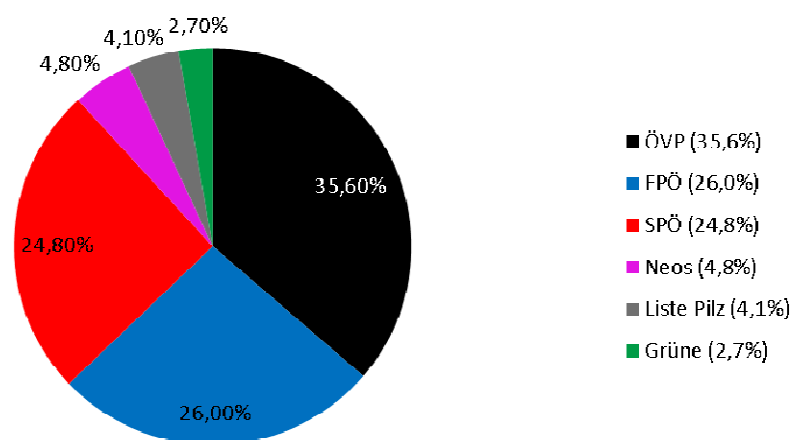
Burgenland



Kärnten



Niederösterreich



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

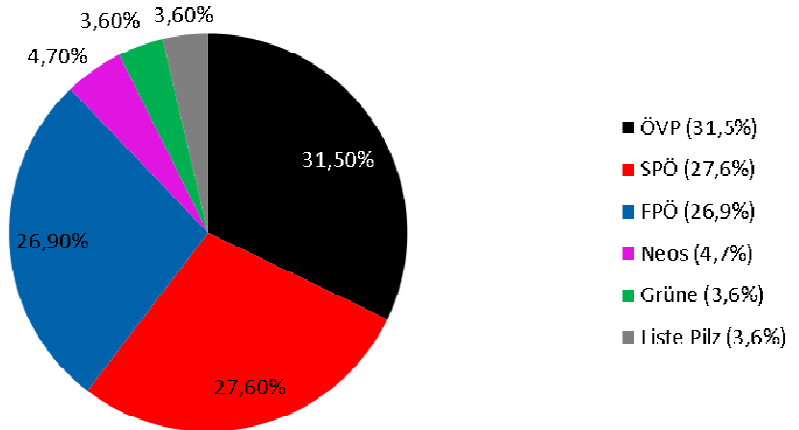
DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

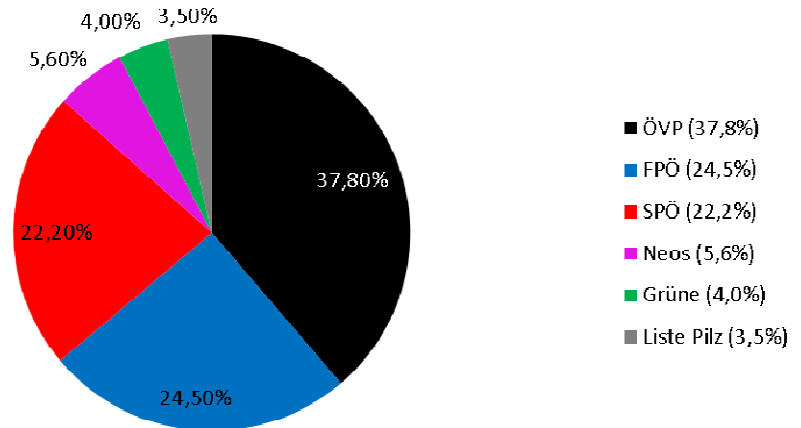
Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

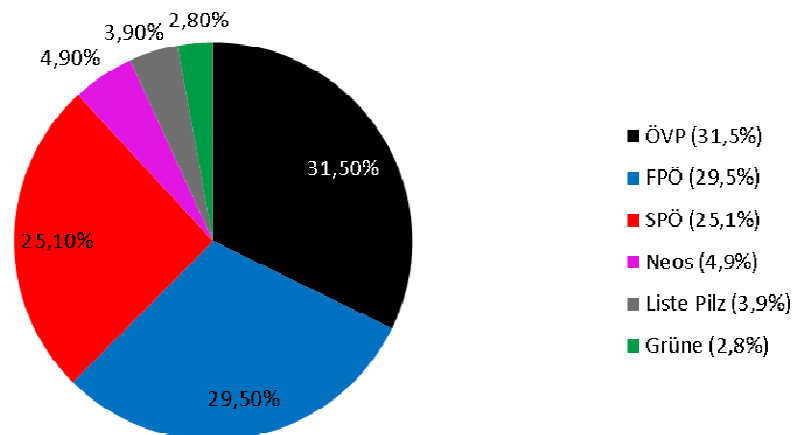
Oberösterreich



Salzburg



Steiermark



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Oktober 2017

www.kas.de/bruessel

